

Weniger Leistung für mehr Geld!?!

Das Prinzip „weniger ist mehr“, scheint sich die Caisse médico- chirurgicale mutualiste (CMCM) zu Herzen genommen und kurzerhand in „weniger kostet mehr“ umgewandelt zu haben.

Die CMCM ist „ Opfer ihres eignen Erfolgs ” so ihr Geschäftsführer. Deshalb werden jetzt die Beiträge erhöht und gleichzeitig die Leistungen gemindert. Dass dies nicht im Sinne der Patienten, der Beitragszahler also, und vermutlich auch nicht der Verantwortlichen der CMCM selbst ist, liegt wohl auf der Hand.

Ab dem 1. Januar 2012 dürfen demnach die Patienten tiefer in die Tasche greifen, wenn sie eine adäquate Zusatzversicherung (Denta & Optiplus) abschließen möchten.

Nachvollziehbar und tragbar wäre diese Maßnahme in einem gewissen Sinne, wenn auch entsprechende Vergünstigungen für den Patienten in dieser Erhöhung enthalten wären, dem ist aber nicht so. So wurden die Rückzahlungsleistungen nach unten angepasst (70% Kostenübernahme, bei vorherigen 80%) und auch die Obergrenze der Rückzahlungen im Bereich der Zahnmedizin wurde nach unten angepasst.

Gleichzeitig werden die Jahresbeiträge stark angehoben, wobei ältere Beitragszahler tiefer in die Tasche greifen müssen. Mitglieder unter 40 Jahren zahlen 24% mehr als bisher, bei den 40- bis 59-Jährigen werden 29% mehr verlangt und Menschen über 60 werden gar mit 32% mehr zur Kasse gebeten.

Über den Wirkungsbereich der CMCM hinaus, könnte dieses Prinzip der gestaffelten Beitragserhöhung nach Alterskategorien, oder sollte man doch besser von Risikokategorien reden, die Tür für ähnliche Überlegungen bei der gesetzlichen Krankenversicherung öffnen.

Die Patientengruppe Vertriebung asbl will hierzu folgende Überlegungen anführen. Das luxemburger Modell der Sozial-, Renten- und Krankenversicherung beruht auf dem Solidaritätsprinzip, welches in der Vergangenheit hart erkämpft und sich seither bewährt hat. Die Patientengruppe Vertriebung asbl plädiert vehement für den Erhalt dieses Prinzips. Denn würde man dieses abschaffen, so würde dies unter anderem folgende Konsequenzen nach sich ziehen: Personen mit höheren Gesundheitsrisiken (ältere, chronisch kranke Menschen, Menschen mit Behinderungen, usw...), die Schwächsten unserer Gesellschaft also, müssten hohe Beiträge entrichten, derweil Menschen mit geringen Risiken, niedrigere Beträge zahlen müssten.

Im Bereich der Zahnprothetik zum Beispiel, stellt die Altersgruppe der Über-60jährigen die Zielpopulation dar, gerade diese würde nun aber „ abgestraft ” werden und hätte unter dem Prinzip: „ weniger Leistung für mehr Geld ” am meisten zu leiden.

Zudem müssten Menschen mit begrenztem Einkommen sich auf die Minimalleistungen der gesetzlichen Krankenversicherung beschränken, derweil solche mit hohem Einkommen sich teure Zusatzversicherungen und somit auch eine bessere Versorgung leisten könnten.

Das Solidaritätsprinzip wird einer Zwei-Klassen-Medizin weichen müssen, wobei die „weniger Privilegierten“ auf der Strecke bleiben.

Die Patient*in Vertriebung asbl stellt sich die wohl nicht ganz unberechtigte Frage, wer sich in Zukunft noch eine Zusatzversicherung leisten kann.

Laut Untersuchungen liegt der Armutsanteil der Bevölkerung in Luxemburg bei 17,8 Prozent. Demzufolge ist beinahe jeder siebte Einwohner in Luxemburg arm. Gesundheit darf und soll kein Luxusgut darstellen, sondern für jedermann zugänglich und erschwinglich sein.

Die Vertreter*innen der Patient*in Vertriebung asbl würden es begrüßen, wenn sich die Verantwortlichen der CMCM zusammen mit ihnen für die Abschaffung bestehender Ungerechtigkeiten wie dem Erste-Klasse-Zimmer -Zuschlag von 66% einsetzen würden, Zuschlag welcher längst nicht mehr tragbar und unberechtigt ist und vom Gesundheitsminister anlässlich seines Amtsantritts als oberste Priorität der Wegrationalisierung gehandhabt wurde.

Dringender notwendig wäre zudem das gemeinsame Ausschaffen einer adäquaten, transparenten und an die aktuellen Zeitverhältnisse angepassten Nomenklatur im Bereich der Zahnprothetik.

Die Patient*in Vertriebung asbl ruft daher dazu auf, sich gemeinsam für den Erhalt eines starken und gerechten Gesundheits- und Sozialversicherungssystems, basierend auf dem Solidaritätsprinzip, stark zu machen und für die Abschaffung bestehender Ungerechtigkeiten einzutreten.

**Für zusätzliche Informationen können Sie sich wenden an:
Patient*in Vertriebung asbl, 1A, rue Christophe Plantin,L-2339 Luxemburg.
Tel: 49 14 57-1/Fax: 49 14 58**